



Holger Apfel

(NPD-Landesvorsitzender):

„Wir müssen in unserem Land endlich wieder Politik für eigene Interessen machen, damit wir nicht eines Tages griechische Verhältnisse haben.“

Es geht also keineswegs um fehlende Arbeitskräfte, sondern um möglichst billige Arbeitskräfte.

Je größer die Masse der aus aller Welt angelockten Arbeitskräfte ist, desto schamloser können die Löhne der deutschen Arbeitnehmer gedrückt werden.

Die NPD ist im Sächsischen Landtag als einzige Partei aktiv geworden, um die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit zu stoppen, Lohndrückerei zu verhindern und einen eventuellen Fachkräftemangel zunächst mit deutschen Arbeitnehmern auszugleichen. Dies wurde abgebügelt, weil die anderen Parteien in ihrer EU- und Konzernhörigkeit nicht begreifen, daß uns die massenhafte Zuwanderung von Fremdarbeitern nicht zu wirtschaftlicher Blüte, sondern in den Ruin treiben wird.

Nur die NPD setzt sich dafür ein, daß Arbeitsplätze zuerst an Deutsche vergeben und unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen vor der Billigkonkurrenz aus Osteuropa geschützt werden. Die NPD sagt deshalb klar und deutlich: Heimische Arbeitsplätze und Betriebe schützen - Nein zur Niedriglohn-Konkurrenz aus Osteuropa!

Heimische Betriebe schützen!

ARBEIT FÜR SACHSEN STATT ZUWANDERUNG

Ich bin der Meinung, daß... [Bitte ankreuzen]

- die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für Sachsen Nachteile bringt?
- unsere Landsleute gut ausgebildet werden müssen, bevor man Arbeitskräfte aus dem Ausland holt?
- Arbeitsplätze zuerst an Deutsche vergeben werden müssen?



Name	
Vorname	
Straße, Nr.	
PLZ, Ort	
ePost	@
Telefon	

V.i.S.d.P.: H. Apfeli, G.-Scholl-Str. 4a, 01591 Riesa - E.i.S.


- Ich bitte um Übersendung von Infomaterial.


- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

- Ich bitte um Einladung zu Veranstaltungen.

- Ich möchte NPD-Mitglied werden.

 **www.npd-sachsen.de**

 **03525 - 87 51 85**

 **info@npd-sachsen.de**

Bitte
mit 0,45 €
freimachen

NPD-Sachsen
Geschwister-Scholl-Str. 4a
01591 Riesa

Seit dem 1. Mai 2011 genießen Arbeitsuchende aus Polen, Tschechien und vielen anderen osteuropäischen Staaten die volle Niederlassungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union.

Die Folgen für Sachsen sind: Noch mehr Lohndumping, noch mehr Arbeitsplatz-Konkurrenz und ein gnadenloser Verdrängungswettbewerb zulasten heimischer Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe.

Leidtragende dieser Entwicklung sind vor allem die sächsischen Arbeitnehmer und Arbeitsuchenden, weil ein Großteil der osteuropäischen Lohndrücker in den geographisch nahegelegenen Freistaat strömen wird. Die Etablierten von CDU bis Linkspartei unternehmen nichts gegen diesen Irrsinn der EU-Bürokraten – sie unterstützen ihn sogar!

Statt endlich dafür zu sorgen, daß unsere Landsleute Arbeit finden und davon auch leben können, rufen die Konzernlobbyisten von CDU und FDP nun auch noch nach Ausländern, um den angeblichen Fachkräftemangel zu beseitigen. Den konkreten Bedarf an „Spezialisten“ kann die Staatsregierung aber gar nicht beziffern. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung lag offenbar nicht falsch, als es in einer Studie vom November 2010 das Gerede vom „Fachkräftemangel“ als „Fata Morgana“ bezeichnete.

